

# Was ist los in Kolumbien?

LINX, CC BY 4.0 - Ein Beitrag von Tininiska Zanger und Adriana Yee Meyberg

Der Konflikt in Kolumbien hat sich als der längste und einer der komplexesten bewaffneten Konflikte der Welt etabliert. Seit der Kolonialzeit ist die Geschichte des Landes von Gewalt geprägt, einer rassistischen Gewalt, die zu einer extremen Ungleichheit bei der Verteilung des Reichtums führte. Diese Ungleichheit in Kolumbien besteht bis heute fort und ist ein zentraler Punkt in den zahlreichen gewaltvollen Auseinandersetzungen.

Allein zwischen 1985 und 2018 wurden über 450.000 Menschen im Kontext des Konflikts getötet. 90% von ihnen waren Zivilist\*innen. Insgesamt wurden etwa 20% der Bevölkerung direkte Opfer des Konflikts. Über eine Millionen Menschen sind zwischen 1982 und 2020 aus Kolumbien geflohen. Fast 8 Millionen Menschen wurden in diesem Zeitraum innerhalb Kolumbiens vertrieben. Insgesamt wurden 121.768 Menschen Opfer von gewaltsamen Entführungen.

## Welche Gründe hat den Konflikt?

Kolumbien schneidet aktuell in Lateinamerika bei der ungleichen Landverteilung am schlechtesten ab, gefolgt von Peru und Chile. Nur 1 % der Landbesitzer\*innen bewirtschaften mehr als 80 % der Agrarflächen im ganzen Land, während sich die übrigen 99 % nur ca. ein Fünftel des Bodens teilen. Die extreme Konzentration von Grund und Boden in den Händen einiger weniger und die damit verbundenen Auseinandersetzungen über den Zugang zu Land und Besitz sind zentrale Faktoren, die zu dem bis heute andauernden bewaffneten Konflikt führen.

Seit der Kolonialzeit wurde die Konzentration riesiger Landflächen in den Händen einiger weniger zur Normalität. Diese Besitzverhältnisse wurden durch Gewalt aufrechterhalten und hergestellt und die gewaltvolle Vertreibung von Kleinbauern und -bäuerinnen war in Kolumbien in den letzten Jahrhunderten an der Tagesordnung. So wurde die große Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, darunter historisch ausgegrenzte indigene und Schwarze Gemeinschaften, enteignet, was zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen führte. Diese Armut festigte sich von Generation zu Generation. Alle Versuche, diese Verhältnisse zu verändern wurden von Seiten der Machthaber\*innen mit Gewalt beantwortet und brutal niedergeschlagen.

Ein Teil des Landes wird nur im Hinblick auf seine natürlichen Ressourcen als relevant betrachtet. Dies führte zu einem Entwicklungsmodell, welches auf Extraktivismus basiert, und zu einer gewaltvollen Durchsetzung von Politiken, die dieses Modell begünstigen. Soziale Anführer\*innen und Gemeinschaften, die sich gegen dieses Entwicklungsmodell wehrten und ihre Territorien verteidigten, wurden Opfer zahlreicher Menschenrechtsverletzungen.

## Ein Land von Binnenvertriebenen

Ende 2021 war Kolumbien nach Syrien und der Demokratischen Republik Kongo auf Platz 3 der Länder mit den meisten intern Vertriebenen weltweit. Es gibt in Kolumbien um die 8.000.000 innerhalb des Landes vertriebene Personen.

### **Wer trägt die Verantwortung?**

Staatliche und illegale bewaffnete Akteur\*innen sind verantwortlich, aber auch Großgrundbesitzer\*innen, Viehzüchter\*innen und große Agrarunternehmer\*innen, die sich durch Drohungen, Zwangskäufe und Massaker Millionen von Hektar Land angeeignet haben.

Die Mehrheit der Vertriebenen kam in die großen städtischen Zentren des Landes, weitgehend ohne die Unterstützung staatlicher Institutionen. So entstanden in den städtischen Randbezirken nach und nach Slum-artige Viertel mit extrem schlechten Lebensbedingungen, deren Einwohner\*innen keinen Zugang zu Grundrechten wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung haben. Junge Menschen, die unter diesen Umständen aufwachsen und deren Leben von Perspektivlosigkeit geprägt ist, entscheiden sich oft für ein Leben in der Kriminalität.

### **Die Gründe für das Fortbestehen des Konflikts**

Die Gründe für das Fortbestehen des Konflikts sind der fehlende politische Wille zur Umsetzung von Maßnahmen für grundlegende Veränderungen, die zu einer gerechteren Verteilung und Zugang zu Ressourcen und Grundrechten führen. Es gibt eine mächtige wirtschaftliche und politische Elite, die Widerstand gegen eine demokratische Öffnung leistet. Sie bekämpft die gesellschaftspolitischen Prozesse, die ihre Privilegien herausfordern, mit allen (legalen und illegalen) Mitteln. Linke Sektoren, Aktivist\*innen, Gewerkschaftler\*innen, Menschenrechtler\*innen sowie Student\*innen, Indigene und Afrokolumbianer\*innen, die sich politisch organisieren, um ihre Rechte auf Teilhabe einzufordern, werden seit Jahrzehnten systematisch verfolgt, kriminalisiert und ermordet.

Dazu kam in den 1970er Jahren der Drogenhandel, in den alle Konfliktakteur\*innen involviert gewesen sind. Das Geschäft wurde Teil der Kriegsökonomie. Nach und nach konsolidierte sich eine Mafiakultur im Land, die grausame Praktiken einführte. Obwohl der Drogenhandel keine Ursache des Konflikts ist, ist er ein zentraler Faktor in seiner Eskalation und Erweiterung.

### **Die Akteure des Konflikts**

Im kolumbianischen Konflikt spielen zahlreiche Akteur\*innen eine Rolle. Es ist teils schwierig, klare Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Akteur\*innen zu ziehen. Oft sind die Grenzen zwischen ihnen verschwommen und in vielen Fällen wechseln Mitglieder einer Gruppe in die andere. Sowohl die legalen als auch die illegalen bewaffneten Akteur\*innen sind verantwortlich für gravierende Menschenrechtsverletzungen.

### **Die Guerrillas**

Die Gründung der Guerillas steht in Verbindung zur sozialen, ökonomischen und politischen Ausgrenzung und den fehlenden Räumen der politischen Teilhabe. Es gab in Kolumbien zahlreiche Guerillas im Laufe des 20. Jahrhunderts. Die bekanntesten unter ihnen sind die FARC-EP, die ELN, die EPL, und die M-19. Es handelt sich bei allen um linke Guerillas, die mehrheitlich in den 1960er und 1970er Jahren gegründet wurden.

### **Verschiedene Gruppen, ein Kampf**

Die Guerrillas teilten ideologisch den antikapitalistischen Kampf und gründeten in den 1980er Jahren das Nationale Guerrilla Koordinationskomitee Simón Bolívar. Die FARC-EP, die ELN, die EPL, die M-19, die bewaffnete Bewegung Quintín Lame und die Revolutionäre Arbeiterpartei - PTR haben fast ein Jahrzehnt lang zusammengearbeitet.

### **Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens - Volksarmee (FARC-EP)**

Die FARC-EP wurde 1964 als bäuerliche Selbstverteidigungsgruppe gegründet. Sie hatte eine marxistisch-leninistische Ideologie und ihre militärische Strategie bestand hauptsächlich im Guerillakrieg. Ihre Anfänge liegen in den liberalen Guerillas der 1950er Jahre. Die Gründer\*innen der FARC waren Bauern und Bäuerinnen, die sich im Zuge der Gewalt, Repression und Vertreibung zu einer Guerilla zusammenschlossen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Ihr Ziel war den bestehenden Reichtum umzuverteilen. Sie war im gesamten Land aktiv. Anfang der 2000er Jahre kontrollierte die FARC ungefähr 40% des nationalen Territoriums, und hatte im Jahr 2007 um die 18.000 Mitglieder. Die FARC war die älteste Guerillagruppe weltweit, bis sie 2016 einen Friedensvertrag mit der kolumbianischen Regierung unterzeichnete, ihre Waffen ablegte und den Prozess der Wiedereingliederung ins zivile Leben begann. Die ehemalige FARC gründete die Partei Farc und wurde 2021 in Comunes unbenannt.

Eine Minderheit der FARC-Mitglieder griffen jedoch im Nachhinein erneut zu den Waffen und gründeten die Guerilla-Gruppe „FARC-EP, die zweite "Marquetalia“ als Antwort zu der Nichtumsetzung des Abkommens seitens der Regierung und der systematischen Ermordung der Ex-Kämpfer\*innen. Diese Gruppen sind als Dissidenten bekannt.

Die Kolumbianische Nationale Befreiungsarmee (ELN) wurde 1965 unter dem Einfluss der kubanischen Revolution (1959) gegründet. Ihre Ideologie speiste sich aus christlichen Elementen der Befreiungstheologie. Die ELN ist im Gegensatz zu der stark vertikal und zentralisiert strukturierten FARC sehr dezentral aufgestellt. Die ELN ist mit einem eher urbanen, studentisch und gewerkschaftlich geprägten Milieu verbunden. Das Hauptziel dieser bewaffneten Gruppe ist die Einflussnahme auf die lokalen und regionalen Mächte. Die ELN greift vor allem Infrastruktureinrichtungen der Ölindustrie und des Bergbaus an. Gegenwärtig hat die ELN um die 2.500 Mitglieder.

### **Die M-19 (Bewegung 19. April)**

Die M-19 wurde 1970 in Folge eines erklärten Präsidentschaftswahlbetrugs im selben Jahr gegründet. Sie unterschied sich von anderen subversiven Bewegungen, weil sie eine eher urbane Guerilla war und viele ihre Mitglieder aus der akademischen Mittelschicht kamen. Sie verstand sich als eine antioligarchische, antiimperialistische Bewegung. Nach einem Friedensabkommen im Jahr 1990 gründeten sie die politische Partei Alianza Democrática M-

19. Einige namhafte Politiker, darunter der derzeitige Präsident Kolumbiens, Gustavo Petro, waren Mitglieder der M-19.

### **Die Nationale Volksbefreiungsarmee (EPL)**

Die EPL (Nationale Volksbefreiungsarmee) wurde 1966 gegründet und hatte eine marxistisch-leninistisch-maoistische Ideologie. Die Mehrheit ihrer Mitglieder legte 1991 ihre Waffen nieder und gründete die Partei Esperanza, Paz y Libertad.

### **Die Paramilitärs**

Die Paramilitärs sind nicht bewaffnete Akteure. Es handelt sich um ein militärisches, politisches und gesellschaftliches rechtsextremes Projekt, welches zum Größten Teil durch die Ermordung von linken Politiker\*innen und sozialen Aktivist\*innen vorangetrieben wurde. Er steht in enger Verbindung zum Drogenhandel und Drogenkartellen. Die Paramilitärs sind die gewaltvollsten Akteure im kolumbianischen Konflikt. Sie sind verantwortlich für die meisten Menschenrechtsverletzungen.

Paramilitärische Strukturen entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als der bewaffnete Arm der Konservativen Partei. Paramilitärische Gruppen expandierten in den 1980er Jahren unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung. Sie dienten als Privatarmeen von Politiker\*innen und Großgrundbesitzer\*innen, verteidigten den Erhalt von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Privilegien, suchten die Ausweitung des Privateigentums und der Einnahmen anhand von Landraub und Mord. Sie setzten die Territorialkontrolle anhand der Ausrottung verfeindeter bewaffneter Gruppen und einer gewaltvollen Form von sozialer Kontrolle durch.

In den 1990er Jahren schlossen sich die verschiedenen paramilitärischen Gruppen zusammen und gründeten die Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC). Rund 30.000 Kämpfer\*innen der AUC legten zwischen 2003 und 2006 im Rahmen eines Demobilisierungsprozesses ihre Waffen nieder. Dennoch bildeten sich viele ihrer Mitglieder erneut zu post-paramilitärischen Gruppen zusammen, die sogenannten BACRIM (kriminelle Banden). Sie agieren als Drogenkartelle unter verschiedenen Namen, wie Águilas Negras, Autodefensas Gaitanistas (AGC), Clan del Golfo, Los Rastrojos oder Los Caparros. Die Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen wird stark in Frage gestellt.

### **Der Staat**

Der Staat spielt bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien eine maßgebliche Rolle. Historisch hat er systematisch illegitime Gewalt angewandt, um Demokratisierungsprozesse zu stoppen. Er ist verantwortlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, die stets als Kollateralschaden im „Kampf gegen den Terrorismus“ dargestellt wurden.

Der kolumbianische Staat hat, durch Handlung und Unterlassung, die Entwicklung des Paramilitarismus gebilligt, und hat auch eine strukturelle Verantwortung in der Entstehung

paramilitärischer Strukturen. Verschiedene Regierungen, politische Eliten und das Militär haben über die letzten Jahrzehnte mit dem Paramilitarismus kooperiert, und sie haben ihn minimiert und rechtfertigt. Im Zusammenhang mit den Erklärungen des paramilitärischen Führers Salvatore Mancuso vor der Übergangsjustiz für den Frieden wurden zahlreiche Informationen über die Ermordungen und Massaker sowie über die Schaffung neuer bewaffneter paramilitärischer Blöcke mit staatlicher Unterstützung, Finanzierung und Zusammenarbeit genannt. Es ist schwierig, die Grenzen zwischen Paramilitarismus und Staat zu ziehen.

Eine der schlimmsten systematischen Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates ist die Ausrottung des linken Bündnisses Union Patriótica (UP) nach ihrer Gründung 1985. Darüber hinaus muss sich der kolumbianische Staat vor dem Gesetz für die außergerichtliche Hinrichtung von mindestens 6.402 Zivilist\*innen verantworten, die zwischen 2002 und 2008 von der Armee gewaltsam durchgeführt wurden. Zudem wurden zahlreiche Menschen durch Täuschung gefangen genommen, ermordet und später als im Kampf getötete Guerilleros dargestellt.

## **Die Zivilgesellschaft**

Die Zivilgesellschaft hat auch in der ganzen Konfliktgeschichte eine wichtige Rolle gespielt. Kollektiven, Organisationen, Kommunale Räte, soziale Anführer\*innen, Student\*innen, Lehrer\*innen, Arbeiter\*innen u.a. kämpfen für ihre Rechte und leisten Widerstand in den Territorien. Sie haben auch den Konflikt und die entsprechenden Dimensionen sichtbar gemacht. Eine aktive Militanz der Zivilgesellschaft wurde brutal vom Staat und Paramilitärs brutal niedergeschlagen. Über sechs Tausend Mitglieder des Bündnisses Unión Patriótica (UP) wurden ermordet inklusive Präsidentschaftskandidaten. Dieses Verbrechen wurde offiziell als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit deklariert, bleibt jedoch bis heute straflos.

## **Unternehmer\*innen und Großgrundbesitzer\*innen**

Großunternehmer\*innen, Großgrundbesitzer\*innen und Viehzüchter\*innen haben direkt am kolumbianischen Konflikt mitgewirkt und auch von diesem profitiert. Besonders gesellschaftliche Gruppen, die Land und Eigentum angehäuften hatten, haben sich durch Enteignung, mit dem bewaffneten Konflikt und dem Drogenhandel verbundene Wirtschaftszweige bereichert oder politische Macht erlangt. In der offiziellen Anhörung zum Beitrag zur Wahrheit vor der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) im April 2023, bestätigte der ehemalige paramilitärische Anführer Salvatore Mancuso die Kooperation von nationalen und multinationalen Unternehmen wie Coca-Cola, Postobón, Bavaria und Ecopetrol mit den Paramilitärs, um Gewerkschafter\*innen ermorden zu lassen oder Ländereien aufzukaufen. Ähnliche Abmachungen sind von Betreiber\*innen von Palmöl-, Bananen- Zuckerrohrplantagen und Minen bekannt.

## **Mafiöse Strukturen und Drogenkartelle**

In den 1970er und 1980er Jahren konzentrierten sich die Drogenkartelle vor allem in den Städten, die bekanntesten sind das Medellín-Kartell und das Cali-Kartell. Sie kooptierten den

kolumbianischen Staat und kollaborierten mit paramilitärischen Gruppen. Sie sind verantwortlich für eine Vielzahl der politischen Verfolgung, Morde und Vertreibung. Diese Kartelle wurden in den 1990er Jahren aufgelöst, allerdings ist nach dieser Zeit der Anbau von Kokapflanzungen enorm angestiegen. Nach dem Zusammenbruch der Kartelle sind neue Gruppen entstanden, die ihre Aktivitäten teilweise nach Mittelamerika und Mexiko verlagert haben.

Die Beteiligung der Guerrillas am Drogenhandel hatte vorrangig mit dem Produktionsprozess des Kokains zu tun. Die Guerilla finanzierte sich durch die Erhebung von Gebühren für die Bewachung illegaler Ernten, die Besteuerung von Labors und die Nutzung illegaler Landebahnen. Die paramilitärischen Gruppen haben seit ihrer Zusammenarbeit mit dem Medellín-Kartell und dem Cali-Kartell in den 1980ern eine direkte Verbindung zum Drogenhandel. Der Drogenhandel dient im bewaffneten Konflikt sowohl den Guerillas als auch den Paramilitärs als Finanzierungsquelle.

## **Internationalisierung des Konflikts**

Der kolumbianische Konflikt kann nur im globalen Kontext verstanden werden. Dieser Kontext des Kalten Krieges und des antikommunistischen Kampfes und Widerstands in verschiedenen Teilen der Welt lieferte nicht nur ideologische Bezugspunkte und wirtschaftliche Ressourcen, sondern übte seit Beginn des Konflikts auch starken Druck aus, der die Eskalation des Konflikts förderte.

Die Behauptung des Staates über den kommunistischen Einfluss auf die Aufstände am 11. April 1948 ermöglichte es, der sogenannten kommunistischen Bedrohung in Lateinamerika eine reale Dimension zu verleihen und die Notwendigkeit einer kontinentalen antikommunistischen Politik aufzuzeigen. Im Einklang mit den geopolitischen Zielen der USA wurde angenommen, dass die UdSSR und der Kommunismus eine ernsthafte Bedrohung für die westliche und christliche Zivilisation darstellten. Es wurde ein System von zwischenstaatlichen antikommunistischen Allianzen entwickelt, das mit der Truman-Doktrin übereinstimmte und offiziell über das panamerikanische System, die OAS, den Interamerikanischen Vertrag über gegenseitige Beistandsleistung (TIAR) und die 1961 gestartete Allianz für den Fortschritt (Alianza para el progreso) koordiniert wurde. Kolumbien brach als einziges Land der Region neben dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zur UdSSR auch die Beziehungen zu Kuba ab, als die Revolution siegte. (Ramírez, 2004, 183; Rodríguez 2005; López-Meneses, 2017; Ojeda Awad, 2014)

Die Streitkräfte Kolumbiens wurden an der School of the Americas in den USA unter dem Aspekt der nationalen Sicherheit und des internen Feindes ausgebildet, wodurch interne soziale Konflikte ausschließlich als Ergebnis des Eindringens des internationalen Kommunismus betrachtet wurden. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Nationalen Front in Kolumbien nahm der antikommunistische Kampf in Kolumbien erschreckende Dimensionen an. In diesem Rahmen wurde eine äußerst gewalttätige Atmosphäre geschaffen, in der Paramilitärs in Zusammenarbeit mit staatlichen Kräften und unter Finanzierung der USA die Vernichtung von über 6.000 kommunistischen Militanten und Kämpfern der Kolumbianischen Kommunistischen Partei (PACOCOL), ihrer Koalition sozialer Bewegungen Unión Patriótica (UP) und der verbündeten Guerrillas und Bauern betrieben.

Sowohl interne als auch externe Akteure haben sich um zwei Arten der internationalen Zusammenarbeit bemüht: erstens um politische Unterstützung und Anerkennung von außen und zweitens um militärische und logistische Unterstützung im Krieg. Auf internationaler Ebene spielt Kolumbien eine wichtige geostrategische und wirtschaftliche Rolle: Es hat eine Pazifik- und eine Atlantikküste und grenzt unter anderem an Venezuela, was den USA seit Ende der 1990er Jahre ein Dorn im Auge ist. Kolumbien erlaubt neun US-amerikanische Militärstützpunkte auf seinem Territorium und war seit dem Kalten Krieg mit seinen rechtsgerichteten, neoliberalen Regierungen ein konstanter Verbündeter der USA und ein Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen in Lateinamerika.

Eine Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems zugunsten der Mehrheit hätte unmittelbare Auswirkungen auf die neokoloniale Ausbeutungslogik zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Kolumbien. Aus diesem Grund wurde die Bekämpfung der Aufständischen nicht nur finanziell, sondern auch durch Ausbildung, militärische Unterstützung, Logistik und intensive Medienpropaganda vehement von den USA und ihren Verbündeten unterstützt.

Im Jahr 2000 wurde unter der Regierung von Andrés Pastrana der „Plan Colombia“ mit den USA vereinbart. Die bereitgestellten Gelder flossen zu 71% in das Militär und die Polizei. Der Plan Colombia erntete große Kritik aufgrund seiner Unwirksamkeit und seiner katastrophalen Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesundheit und Umwelt. Letztere unter anderem in Folge des massiven Einsatzes der Herbizide Glyphosat.

### **Ist Deutschland involviert?**

Auch Deutschland hat wirtschaftliche Interessen in Kolumbien. Deutschland ist der fünftgrößte Handelspartner Kolumbiens und der größte Handelspartner innerhalb der EU im Rahmen eines Freihandelsabkommens seit 2013. Zuletzt vereinbarten im Frühjahr 2022 Bundeskanzler Olaf Scholz und der damalige kolumbianische Präsident Iván Duque die Erhöhung des Imports kolumbianischer Steinkohle nach Deutschland. Auf diese Weise will Deutschland einen Teil seines Bedarfs an russischer Kohle ersetzen.

### **Auf wessen Kosten?**

Die größten Kohleexporteur\*innen in Kolumbien haben zahlreiche Menschenrechts- und Umweltverletzungen begangen, von denen vor allem die in den Abbaugebieten lebenden Gemeinden betroffen sind. Nach dem Wahlsieg von Gustavo Petro, dem ersten linksgerichteten Präsidenten Kolumbiens im Juni 2022, kündigte dieser eine Abkehr von der Förderung fossiler Brennstoffe im Land an.

Venezuela und Ecuador sind wichtige Verbündete bei der Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Alle Länder der Region haben mehrmals ihre Unterstützung für den Friedensprozess mit den FARC und die damit verbundenen Vorteile für die Stabilisierung der Region zum Ausdruck gebracht. Die Regierung unter Petro nahm nach seinem Amtsantritt offiziell die Beziehungen mit Venezuela wieder auf. Im November 2022 nahm die kolumbianische Regierung erneut die Friedensverhandlungen mit den Guerillas der ELN in Venezuela auf.

# Chronologie des Konflikts

## Zeitstrahl: Die Geschichte des Konflikts

Es ist schwierig, einen konkreten Zeitpunkt des Beginns des kolumbianischen Konflikts zu nennen, weil seine historischen Ursachen weit in die Vergangenheit in die Zeit der spanischen Kolonialzeit reichen.

### **1948 — 1957 - La Violencia**

1948 Wurde der liberale Präsidentschaftskandidat Jorge Eliecer Gaitán in der Hauptstadt Bogotá ermordet. Gaitán war ein linksliberaler Anführer und genoss unter der verarmten Bevölkerung eine große Popularität. Nach seinem Mord fanden zahlreiche, nationalweite Proteste und soziale Unruhen statt, die die Regierung mit Gewalt beantwortete. Der Mord an Gaitán verstärkte eine bereits existierende Konfrontation zwischen den liberalen und den konservativen Kräften des Landes. Die konservative Regierung hatte eine politische Polizei; auf der anderen Seite entstanden liberalen Selbstverteidigungsgruppen von Bauern und Bäuerinnen, die zu den Waffen griffen, um sich gegen die konservative staatliche Repression zu verteidigen. Rund 300.000 Menschen starben in dieser Zeit. Diese Periode wird als La Violencia (Die Gewalt) bezeichnet.

### **1958-1974 – Der Frente Nacional und Gründung von Guerillas**

#### **1958**

1958 schlossen die liberale und konservative Partei einen Pakt der nicht-Aggression. Sie einigten sich darauf, sich für die kommenden 16 Jahre in der Regierung des Landes abzuwechseln. Diese Machteinteilung war ein Pakt zwischen den Eliten des Landes. Ein wichtiger Teil des politischen Spektrums war somit von der politischen Beteiligung ausgeschlossen. Da die demokratischen Kanäle der politischen Partizipation blockiert waren, wählten einige Bauer, marginalisierte Bevölkerungsteile und die politische Linke den Weg des bewaffneten Kampfes, um sich politisch Gehör zu verschaffen und um ihre Grundrechte zu kämpfen.

#### **1964**

#### **Operación Marquetalia und Entstehung der FARC-EP**

1964 fand die Operación Marquetalia statt. Die Regierung griff sogenannte „unabhängige Republiken“ an, die aus Bauern und Bäuerinnen bestanden, die zum Teil liberalen Selbstverteidigungsgruppen angehörten. Nach diesem Angriff formalisierten sich verschiedene große Guerillagruppen als Reaktion auf die staatliche Gewalt und die Unterwerfung der Oligarchien. Ihr zentrales politisches Ziel war eine Agrarreform zu Gunsten der Kleinbauern und -bäuerinnen. In diesem Jahr wurden die marxistische FARC-EP- Guerilla, die Revolutionären bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee gegründet.



**1965**

### **Gründung der ELN**

1965 wurde die ELN-Guerilla (Nationale Befreiungsarmee) gegründet. Ihre ideologische Grundlage war die Befreiungstheologie, eine revolutionäre theologische Strömung. Am 5. Januar 1965 führt die ELN ihre erste militärische Aktion durch und erobert die Stadt Simacota in Santander. Hier veröffentlicht die Gruppe das "Manifiesto de Simacota" (Simacota- Manifest), in dem sie ihre Existenz öffentlich bekannt gibt.

**1967**

### **Gründung der EPL**

In diesem Jahr wurde die EPL (Populäre Befreiungsarmee) gegründet

**1970**

### **Gründung der M-19**

1970 wurde nach einem Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen aus Protest die (mehrheitlich urbane) linksgerichtete Guerilla M19 gegründet.

**1984 – 2002**

### **Paramilitarismus, Gescheiterte Friedensversuche und Ausrottung der UP**

In den 80ern gewann der Paramilitarismus an Stärke und ist für den größten Teil der Toten im Konflikt verantwortlich. Parallel entstanden die Drogenkartelle. Vor allem das Medellín-Kartell und das Cali-Kartell wurden sehr stark. Sie arbeiteten zusammen mit paramilitärischen Gruppen und sind verantwortlich für einen großen Teil der politisch motivierten Morde im Land. In diesem und dem darauffolgenden Jahrzehnt stieg die systematische politische Verfolgung von Oppositionellen in Kolumbien rasant an. Diese Verfolgung ist als ein Werkzeug der institutionellen Exklusion zu verstehen. Sie betraf und betrifft bis heute verschiedene Arten politischer Oppositioneller; von Mitgliedern linker Guerillas und linker Parteien, über Menschenrechtsaktivist\*innen, Gewerkschafter\*innen und Journalist\*innen, bis hin zu Bauernanführer\*innen und Künstler\*innen. Diese Verfolgung ging von Drogenkartellen, paramilitärischen Gruppierungen und staatlichen Strukturen, im Zusammenhang mit der Aufnahme der „Doktrin der nationalen Sicherheit“, aus.

**1984**

### **La Uribe - Abkommen**

1984 unterzeichneten die FARC und die Regierung unter dem Präsidenten Belisario Betancur ein Übereinkommen eines bilateralen Waffenstillstands, um Friedensverhandlungen voranzutreiben. Dieser ist als Acuerdo de la Uribe bekannt.

**1985 — 1988**

### **Die Ausrottung der Unión Patriótica (UP)**

Im Zuge der Friedensverhandlungen wurde 1985 die linke, politische Partei Unión Patriótica (UP) gegründet. Entwaffnete Mitglieder der FARC, aber auch Zivilist\*innen aus diversen linken Strömungen wurden Teil der Partei. Nach den überraschend positiven Wahlergebnissen begann gegen diese Partei eine starke politische Verfolgung. Zwischen 1978 und 1990 wurden drei Präsidentschaftskandidaten der UP ermordet und die meisten der Überlebenden mussten ins politische Exil fliehen. Insgesamt wurden fast 6.000 Mitglieder ermordet oder Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen. Die Ausrottung der Unión Patriótica ist als Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft und ist bis heute straflos.

## **1985**

### **Besetzung des Justizpalasts**

1985 besetzten Mitglieder der M-19 Guerilla den Justizpalast in Bogotá. Sie wollten die Regierung dazu führen, getroffene Vereinbarungen einzuhalten, in dem sie Zivilist\*innen, darunter auch die Richter\*innen als Geiseln nahm. Daraufhin reagierte die kolumbianische Armee unverhältnismäßig gewaltvoll und heftig und stürmte das Gebäude, ohne Rücksicht auf sich darin befindender Zivilist\*innen. Dies hatte 98 Tote und 11 verschwundene zur Folge. Die Besetzung und gewaltvolle Stürmung des Justizpalastes wurden bis zum heutigen Tag nicht endgültig aufgearbeitet.

## **1990**

### **Friedensvereinbarung mit der M-19-Guerilla**

1990 legte die Guerilla M-19 ihre Waffen nieder. Sie gründete die Partei Alianza Democrática M-19 (Demokratische Allianz M-19), von der auch zahlreiche Mitglieder - darunter auch ein Präsidentschaftskandidat - ermordet und Opfer von Attentaten wurden. Auch in diesem Jahr wurde das Camp der FARC „Casa Verde“ von der kolumbianischen Armee bombardiert. Dieser Angriff, zusammen mit der systematischen Ermordung der Mitglieder der UP führten zum Scheitern der Friedensbemühungen.

## **1991**

### **Die Verfassung vom 1991**

1991 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die durch progressive Kräfte und Studierende angetrieben worden war. Sie ersetzte bis dahin herrschende Verfassung von 1886 und war ein wichtiger Schritt für das Land. Unter anderem wurde Kolumbien als pluriethnischer Staat anerkannt, und konkrete Rechte für indigene und Schwarze Gemeinschaften wurden festgelegt.

## **1993**

### **Mord von Pablo Escobar**

1993 wurde der Mafiaboss Pablo Escobar ermordet.

## **1997**

### **Gründung der rechten paramilitärischen Gruppe AUC**

1997 wurde die rechte paramilitärische Gruppe AUC (Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens) gegründet. Es handelte sich um die Vereinigung bereits bestehender paramilitärischer Gruppen unter einem Namen. Die Paramilitärs sind die Hauptverantwortlichen für die Gewalt im Land.

**1998**

### **Gescheiterte Friedensverhandlungen in Caguán**

1998 fanden erneut Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP statt. Die Friedensverhandlungen scheiterten erneut im Jahr 2002 aufgrund von nicht eingehaltenen Vereinbarungen und die begrenzte Fähigkeit der Regierung, der Notwendigkeit eines Strukturwandels nachzugeben und so die Verhandlungen voranzubringen.

**2000**

### **Einführung des "Plan Colombia"**

2000 wurde der „Plan Colombia“ zwischen der kolumbianischen und der U.S.-amerikanischen Regierung vereinbart. Die U.S.A. lieferten militärische und finanzielle Unterstützung über 2000 Millionen US-Dollar. Der Plan Colombia war ein Abkommen, das hinter dem Vorhang des Kampfes gegen den Drogenhandel einen blutigen Kampf gegen den Aufstand verkörperte und unzählige Opfer verursachte.

**2002-2010**

### **Die Uribe-Vélez-Ära und die Politik der "demokratischen Sicherheit"**

Die Zeit zwischen 1996 und 2008 ist die Phase mit den meisten Todesopfern und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbiens Geschichte. Etwa 75% der gesamten Opfer des Konflikts fallen auf diesen Zeitraum, in dem sich der Krieg und die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung mit der Ausweitung des Paramilitarismus und der „Politik der demokratischen Sicherheit“ Uribes verschärfte. Uribe Vélez und seine Gefolgschaft leugnen bis heute vehement die gut dokumentierten, systematischen Verbindungen zwischen Paramilitarismus und staatlichen Strukturen.

**2002**

### **Uribe wird zum Präsidenten gewählt**

2002 wurde der Großgrundbesitzer Álvaro Uribe Vélez zum Präsidenten Kolumbiens

gewählt. Er regierte bis 2010. Zwischen 1995 und 1997 war er Gouverneur im Departement Antioquia. Antioquia liegt im Nordwesten des Landes und ist eine Region, in der paramilitärische Kräfte sich konsolidiert haben. Gegen Uribe sind über 200 Strafverfahren im Kontext der Gründung und Finanzierung paramilitärischer Gruppen offen. Sein Wahlkampf und seine darauffolgende Präsidentschaft waren geprägt von einem Diskurs der „harten Hand gegen den Terrorismus“. Dieser Diskurs reduziert den bewaffneten Konflikt auf eine terroristische Bedrohung durch die FARC-Guerilla. Diese sollte deshalb mit allen Mitteln politisch und militärisch besiegt werden - auch mithilfe der Paramilitärs.

**2006**

### **Die Scheindemobilisierung des Paramilitarismus und die "Parapolitik"**

2006 fand die Entwaffnung der Paramilitärs unter der Regierung Von Uribe Vélez statt. Diese Entwaffnung wurde stark kritisiert. Das Gesetz zur Entwaffnung sah für die ehemaligen Angehörigen der AUC Gefängnisstrafen von maximal acht Jahren vor. Die Meisten blieben nur 2 Jahren im Gefängnis. Der Fokus der Aussagen vor der Staatsanwaltschaft lag auf individuellen Handlungen und verschleierte dadurch systematische Gewaltmuster. Die Kommandanten der AUC wurden in die Vereinigten Staaten ausgeliefert, wo sie aufgrund von Drogenhandelsdelikten verurteilt wurden. Die Verantwortlichen für gravierende Menschenrechtsverletzungen mussten sich somit nicht vor der kolumbianischen Zivilgesellschaft für ihre Straftaten verantworten und leisteten daher keine Beiträge zur Wahrheitsfindung. Darüber hinaus bildeten sich nach der Entwaffnung der Paramilitärs sehr bald neue bewaffnete Gruppen, die genauso agierten. 2006 war auch das Jahr in dem Verbindungen und Pakte zwischen paramilitärischen Gruppen und Politiker\*innen bekannt wurden.

**2008**

### **Außergerichtliche Hinrichtungen von Zivilisten**

2008 kam an die Öffentlichkeit, dass zwischen 2002 und 2008 die kolumbianischen Streitkräfte mindestens 6.402 Zivilist\*innen ermordeten und sie als im Kampf gefallene Guerilleros darstellten. Während der Regierung des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez wurde ein Anreizprogramm für Armeeangehörige entwickelt. Durch ein perfides Belohnungssystem erhielten die Soldaten, die die meisten Guerilleros töteten, Beförderungen, Urlaubstage oder Geld. Das Militär suchte in Zusammenarbeit mit paramilitärischen Gruppen junge Menschen in den ländlichen Gebieten des Landes und in marginalisierten Stadtgebieten auf, entführte sie mit dem Versprechen auf Arbeit, ermordete sie und kleidete sie nachträglich in Guerilla-Uniformen. Die Opfer waren meist arme Jugendliche, Straßenbewohner\*innen und Menschen mit Behinderungen. Die Familienangehörigen gründeten daraufhin die Organisation MAFAPO (Mütter der Falsos Positivos aus Soacha) und kämpften seitdem gegen die Straflosigkeit und für eine historische Erinnerung dieser Verbrechen.

**2010-2022**

### **Das Friedensabkommen: Veränderungen in Sicht?**

Das Friedensabkommen zwischen der ehemaligen FARC-Guerilla und der Regierung greift die Problematik rund um Besitz und Verteilung von Land als einen zentralen Aspekt des Konflikts auf. Im ersten Punkt des Abkommens wird eine umfassende Agrarreform und Landumverteilung vorgesehen, die bis heute nicht erfüllt wurde. Außerdem wurde eine Übergangsjustiz vereinbart, die aus drei Institutionen bestand. Diese sind die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden, für die juristische Aufarbeitung des Konflikts, die Wahrheitskommission, für die historische Aufarbeitung des Konflikts, und die Sondereinheit zur Suche gewaltsam verschwundener Personen, die herausfinden sollte, was mit den über 120.000 gewaltsam Verschwundenen im Land geschehen ist und wo sie sind.

Die Entwaffnung der FARC bedeutet keineswegs das Ende des Konflikts in Kolumbien. Paramilitärische Gruppen wie die Águilas negras, der Golfklan, Drogenkartelle, die ELN Guerilla, FARC-Dissidenzen und der Staat selbst sind weiterhin verantwortlich für Drohungen, Morde, Verfolgung und Vertreibung.

## **2010**

### **Juan Manuel Santos wurde zum Präsidenten gewählt**

2010 wurde Juan Manuel Santos zum kolumbianischen Präsidenten gewählt. Während der Uribe-Regierung war er Verteidigungsminister gewesen. Als Kandidat stand Santos im Wahlkampf für Kontinuität der Politik Uribes, auch bezüglich der ideologischen Interpretation des bewaffneten Konflikts als eine terroristische Bedrohung von Links.

## **2010**

### **Das Landrückgabegesetz**

2010 wurde das Gesetz über die Rückgabe von Land und die Entschädigung von Opfern verabschiedet. Dadurch sollen Millionen von vertriebenen Bauern und Bäuerinnen ihre Ländereien zurückbekommen. Die Landrückgabe geht nur langsam voran. Viele Begünstigte wurden nach Landrückgaben erneut von paramilitärischen Gruppen bedroht, vertrieben und ermordet. In verschiedenen Ermittlungs- und Gerichtsprozessen wurden Allianzen und Verbindungen zwischen paramilitärischen Gruppen und Viehzüchter-Verbänden, nationalen und internationalen Großkonzernen der Agrarindustrie, des Bergbau- und Energiesektors nachgewiesen.

## **2012**

### **Friedensverhandlungen in Havanna**

2012 begannen in Havanna, Kuba, erste Friedensverhandlungen zwischen der Santos-Regierung und den FARC - EP

## **2016**

### **Das Referendum gegen den Frieden**

2016 wurden die Friedensverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Ein Referendum fand statt, in dem die Bürger\*innen über die Annahme oder Ablehnung des Abkommens entscheiden sollen. Nach einer Propagandakampagne von Seiten der Rechten politischen Kräfte gegen das Abkommen wurde es mit 50.21% knapp abgelehnt. Nach Absprache mit den Gegner\*innen des Abkommens wurden einige Punkte modifiziert.

## **2016**

### **Die Unterzeichnung des Friedensabkommens**

Am 24. November 2016 wurde das Abkommen zwischen der FARC-EP Guerilla und dem kolumbianischen Staat unterzeichnet. Der damalige Präsident Juan Manuel Santos wurde dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Unter seiner

Regierung begonnen auch die Friedensverhandlungen mit der ELN-Guerilla, die unter der Duque-Regierung (2019) ausgesetzt wurden.

## **2018**

### **Beginn der Duque-Regierung**

2018 wurde der rechte Iván Duque, zum Präsident Kolumbiens gewählt. Die Duque-Regierung versuchte, die Umsetzung des Friedensabkommens zu boykottieren. Ab 2017 stiegen die Zahlen der Morde, Massaker und Vertreibungen erneut an: Zwischen November 2016 und November 2021 wurden 1.270 soziale Führungspersönlichkeiten und 299 FARC- Unterzeichner\*innen des Abkommens ermordet, 250.000 Menschen wurden vertrieben und zwischen Januar 2020 und November 2021 wurden 179 Massaker verübt.

## **2019 — 2021**

### **Soziale Revolte**

2019 – 2021 fanden im Land landesweite Generalstreiks gegen die Duque-Regierung statt. Die massive soziale Mobilisierung führte zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem neoliberalen System Kolumbiens. Der Staat reagierte mit Gewalt und Repression, Medien stigmatisierten die Revolte. Im Jahr 2021 wurden im Rahmen der Proteste 80 Demonstrant\*innen ermordet und hunderte inhaftiert. Die meisten von ihnen waren zwischen 17 und 26 Jahren.

## **2022**

### **Der historische Pakt: Die Regierung der Hoffnung**

2022 gewann der linke Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro mit dem Bündnis „Historischer Pakt“ die Präsidentschaft. Er ist der erste linke Präsident in der Geschichte Kolumbiens. Als Vizepräsidentin wurde die afrokolumbianische Anwältin, Umweltaktivistin, ehemalige Goldminenarbeiterin und Hausangestellte Francia Márquez gewählt. Die neue Regierung erkennt den Konflikt und seine strukturellen Ursachen an. Sie priorisiert die Umsetzung des Friedensabkommens und plant bereits eine Landreform.

## **2022**

### **Veröffentlichung des Berichts der Wahrheitskommission**

Im Juni 2022 wurde der Abschlussbericht der Wahrheitskommission veröffentlicht. Im Bericht wird untersucht, was im Rahmen des Konflikts in den letzten 60 Jahren in Kolumbien geschehen ist und auch eine Erklärung über die Gründe für die Weiterführung des Konflikts geben.

## **2022**

### **Fortsetzung der Verhandlungen mit der ELN**

Im November 2022 nahmen die kolumbianische Regierung und die ELN-Guerrilla die Friedensverhandlungen wieder auf. Diese finden derzeit in Caracas, Venezuela statt

und gehen schnell voran. Eine erste Vereinbarung ermöglichte bereits die Rückkehr einiger Indigenen-Gemeinschaften in ihre Territorien.

**2023**

### **Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt den kolumbianischen Staat wegen der Vernichtung der UP Partei**

Mehr als 30 Jahre Rechtsstreit und Warten hatten am 30.01.2023 ein Ende. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte den kolumbianischen Staat für die Vernichtung von mehr als 6.000 Mitgliedern und Kämpfern der Patriotischen Vereinigung, einer linken politischen Partei, die aus den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der inzwischen aufgelösten FARC-Guerilla hervorgegangen war und in den 80er und 90er Jahren gewaltsam ausgelöscht wurde. Der Staat muss verschiedene Maßnahmen ergreifen, darunter die Errichtung eines Denkmals zum Gedenken an die Ermordeten sowie die jährliche Einführung eines Gedenktages für die Mitglieder der UP.

## **Die Geographie des Konflikts**

Der kolumbianische Konflikt ist nicht im ganzen nationalen Territorium einheitlich, und hat, je nach Region, spezifische Dynamiken entwickelt. Gewisse Territorien sind historisch stärker von Gewalt betroffen als andere. Allgemein hat der Konflikt in ländlichen Regionen, an der Peripherie und in Grenzregionen seinen Ursprung und wurde seitdem dort viel stärker ausgetragen als in den Städten. 63,5 % der Opfer lebten in ländlichen Gebieten und in Randgebieten. Dies hat verschiedene Gründe.

Einerseits ist der Staat stark zentralisiert und nur bedingt in den ruralen Zonen des Landes präsent. Seine Präsenz in den ländlichen Regionen ist historisch einer militärischen Art gewesen. Dies begünstigte die Ausweitung und Kontrolle irregulärer bewaffneter Akteur\*innen, die in gewissen Fällen als Ersatz der Staates fungierten. Viele junge Menschen treten aufgrund von Gewalt, Perspektivlosigkeit und Prekarität in bewaffnete Gruppierungen ein.

In der Geografie des Konflikts können wir erkennen, wie die Intensität des Konflikts zunimmt, wenn wir uns Gebieten des Landes nähern, die über mehr Bodenschätze verfügen, sowie die Regionen mit einer starken Bodenkonzentration für Monokulturen, extensive Tierhaltung und seit den 1980er Jahren auch illegale Anbaukulturen wie Marihuana, Koka und Mohn. Dort sind Spannungen zwischen Großgrundbesitzer\*innen, nationalen und internationalen Großkonzernen, Bauern und Bäuerinnen, lokalen Gemeinschaften, Staat, paramilitärischen Gruppen und Guerilla-Gruppierungen an der Tagesordnung. Sie kämpfen um die Territorialkontrolle und verteidigen ihre strategischen Interessen.

### **Gebiete mit hoher Konfliktintensität**

In der Tat haben sich auf dem gesamten kolumbianischen Staatsgebiet strategische Korridore herausgebildet, die für die bewaffneten Akteur\*innen eine wichtige Rolle spielen,

da sie Zugang zu anderen Ländern, zu Gebieten mit legaler oder illegaler Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder zu Gebieten mit illegalem Anbau bieten, die die Grundlage der Kriegswirtschaft bilden und den Gruppen, die die Kontrolle über sie erlangen, erhebliche Vorteile verschaffen. In dieser interaktiven Karte, die auf Informationen der kolumbianischen Wahrheitskommission beruht, werden die aktuellen strategischen Korridore aufgelistet und beschrieben.

### **Die strategischen Korridore des Konflikts**

Historisch gesehen basiert die Wirtschaft auf Viehzucht und bäuerlichem Anbau von Maniok, Süßkartoffeln, Mais, Reis, Bananen, Tabak, Kaffee und Avocado.

Wirtschaftliche Interessen im Zusammenhang mit Monokulturen und groß angelegtem Bergbau haben die traditionellen Wirtschaftssysteme jedoch nach und nach zerstört. Die Serranía de San Jacinto wurde auch für die Produktion von Alkaloiden genutzt, um Lagerstätten und sogar illegale Drogenlabors einzurichten. Die Ausbreitung und Entwicklung der Guerillafronten im Norden der Karibik, insbesondere in der Sierra de San Jacinto, ist auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Renten zu kontrollieren, die die Finanzierung der Strukturen und die Konsolidierung der sozialen Grundlagen ermöglichen.

Gegenwärtig begünstigt der Drogenhandel das Fortbestehen bewaffneter Strukturen und den Eintritt paramilitärischer Gruppen, vor allem des Clan del Golfo und der Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC).

### **Sierra Nevada y Perijá Bergland, Guajira – Verbindung mit dem karibischen Meer**

In diesem Gebiet gibt es 19 indigene Reservate und 36 kollektive Territorien von Schwarzen Gemeinschaften. Der Drogenhandel im Land begann in diesen Gebieten. Dies förderte das Entstehen von Privatarmeen, die sich dem Anbau und dem Handel mit dem Produkt widmeten. Im Rahmen des bewaffneten Konflikts führte der Kampf um die Kontrolle der Erträge der legalen und illegalen Wirtschaft, die sich im Korridor entwickelte, zum Auftauchen der Guerilla und dem anschließenden Einzug des Paramilitarismus ab 2006.

### **Catatumbo**

Dieser strategische Korridor ist nach dem gleichnamigen Fluss benannt. Das erste Auftreten des Staates in diesem Gebiet war in Form von Polizei und Militär. Ihr Ziel war es, die Ölförderung zu sichern und im Zuge dessen griffen sie die indigenen Gruppen im Gebiet an.

In den 1970er Jahren kamen die Guerillas EPL und ELN in das Territorium. In den 1980ern konsolidierte sich die ELN-Guerilla als stärkster Akteur in der Region. Sie infiltrierte Verbände der Arbeiter\*innen der Ölfirmen. In den 1990er 2000er Jahren kamen verschiedene paramilitärische Gruppen in die Region.

### **Nudo de Paramillo – Verbindung mit dem Urabá-Golf**



In diesem Korridor befindet sich der Nationalpark Paramillo. Seine strategische geographische Position begünstigt die Verbindung durch Flüsse und Land mit dem Bajo Cauca in Antioquia, dem Uraba-Golf, dem Bajo Atrato in Chocó, der Grenze zu Panama und dem Magdalena Medio.

In der Region wurden wirtschaftliche Projekte entwickelt, darunter die extensive Viehzucht und die Bananenindustrie. Seit Ende der 1970er und in den 1980er Jahren kamen die Guerillas EPL und die FARC in die Region. Ende der 1980er Jahre kauften Drogenhändler\*innen im großen Maße Ländereien auf und gründeten private Sicherheitsarmeen. Zwischen 1998 und 2005 kamen die Paramilitärs in die Region. Sie wurden von Viehzüchter\*innen, Großgrundbesitzer\*innen und Händler\*innen finanziert.

### **Darién Bergland – Verbindung mit Mittelamerika**

Dieser Korridor verbindet das karibische Meer und den pazifischen Ozean, sowie die Region mit Panama, Mittelamerika und dem Urabá-Golf. Aufgrund dessen ist diese Zone ein strategisches Territorium für bewaffnete Akteure.

Im XX Jahrhundert und bis zu den 1970er Jahren kamen Holzfällerunternehmen in die Region. Dies markierte den Anfang des Konflikts in der Region. Von 1970 bis 1992 traten die Guerillas EPL, FARC-EP und ELN in die Region, sowie Drogenhändler und paramilitärische Gruppen. Zwischen 1992 und 2001 nutzen die FARC diesen Korridor für Handel, die Paramilitärs weiteten sich aus und alliierten sich mit dem Staat. Sie bekämpften die Guerillas und vertrieben Menschen aus ihren Ländereien, um wirtschaftliche Großprojekte zu errichten und um ihr politisches Projekt anzutreiben. Gegenwärtig gibt es in der Zone diverse agroindustrielle Projekte. Paramilitärische Gruppen sind dort präsent, sowie FARC-Dissidenzen und die ELN Guerilla.

### **Pazifikküste des Chocó – Verbindung mit dem Pazifischen Ozean**

Die Meeresverbindung erleichtert den Waffen-, Drogen- und Menschenhandel. Der Korridor verbindet die Region mit Panama, Mittelamerika, das Darién Bergland, das Baudó Bergland, die Küsten von San Juan und Buenaventura.

In den 1980er und 1990er Jahren waren die Medellín und Cali-Kartelle dort präsent, um Kokain nach Panama und Mittelamerika zu schmuggeln, sowie Waffen und Geld. Die FARC-EP kamen in den 1980er Jahren in die Region, die ELN-Guerilla in den 1990ern und das Paramilitär Mitte der 1990er Jahre, mit dem Ziel, die Routen des Drogenhandels Richtung Panama zu kontrollieren. Seit einigen Jahren ist die paramilitärische Gruppe AGC dort präsent, sie kontrollieren die verschiedenen Routen des Kokainschmuggels, die in dieser Region auf dem Weg nach Panama und Mittelamerika aufeinandertreffen.

Eine gegenwärtige Methode des Schmuggels ist der Einsatz von Schnellbooten. In der Region ist das „Weißfischen“ berühmt geworden, junge Menschen suchen nach im Meer treibende Drogenpakete, die von den Drogenhändlern weggeworfen werden, wenn sie von den Marines abgefangen werden.

### **Westliche Gebirgskette und Baudó Bergland – Verbindung mit dem Pazifik**

Dieser Korridor verbindet die westliche Gebirgskette mit dem Baudó Bergland.

In den 1980er Jahren und Beginn der 90er Jahre, waren der Medellín-Kartell und der Cali-Kartelle im Chocó präsent, um den Drogenhandel dort zu kontrollieren. Zwischen 1980 und 2000 war die FARC-EP sporadisch und diskret präsent. In den 90er Jahren kam die ELN-Guerilla in die Region und in 1996 die paramilitärische Gruppe ACCU. Sie kamen zunächst auf Bitte der Minenbetreiber\*innen und Händler\*innen, im Zentrum und Süden Chocós eine paramilitärische Gruppe zu gründen und kontrollierten den Drogenhandel. Nach der Entwaffnung der Paramilitärs in 2005, formierten sich weitere paramilitärische Gruppen in der Region und involvierten sich verstärkt in den Kokainhandel. Seit 2005 ist die Region kein Knotenpunkt des Vertriebs mehr, sondern wurde zu einem Anbaugebiet des Kokablattes. Die ELN-Guerilla dominierte zwischen 2016 und 2019 die Einkünfte aus dem Goldbergbau, der Holzgewinnung und dem Drogenhandel.

Die Kämpfe um die Kontrolle des Korridors zwischen den bewaffneten Akteuren haben zu einer schweren humanitären Krise für die Bewohner\*innen der Region geführt.

### **Norden des Caucas – Verbindungen mit dem Pazifik**

In diesem Territorium gibt es 18 indigene Reservate, sowie 42 kollektive Territorien von Schwarzen Gemeinschaften. Bereits vor dem Konflikt hatten die Gemeinden aufgrund von Großprojekten wie dem Staudamm La Salvajina und Zuckerrohrplantagen Gebietsverluste erlitten.

Diese Subregion wurde aufgrund vom illegalen Bergbau und dem Drogenhandel zu einem strategischen Korridor. Bereits seit den 1960er Jahren war sie jedoch ein historisches Rückzugsgebiet für die ELN-, EPL-, M-19- und FARC-Guerillas. Ende der 1980er Jahre waren die FARC-EP und die ELN-Guerilla dort präsent. Seitdem ist die Region ein strategischer Korridor für die Einfuhr von Waffen, Nahrungsmitteln und Nachschub, sowie eine Rückzugszone für die bewaffneten Akteure.

In den 1990er Jahren stieg die Zahl der Kokaplantagen an, sowie der Drogen- und Waffenhandel. Im Jahr 2000 kam die paramilitärische Gruppe AUC in die Zone und kontrollierte den Kokablatt-Anbau und den Bergbau.

### **Mittelgebirge und Cañón de Las Hermosas**

In dieser Region befindet sich der Nationalpark Las Hermosas, seine Einwohner\*innen sind vornehmlich Bauern und Bäuerinnen, Afrokolumbianer\*innen und Indigene.

Dieser Korridor gilt als Geburtsstätte der FARC, die mit der Zeit begann, den Mohnanbau zu fördern und die illegale Wirtschaft zu regulieren. 1999 kamen die Paramilitärs in die Region, um die Kontrolle über die Wertschöpfungskette des Drogenhandels zu erlangen. In diesen Jahren kamen Drogenkartelle in die Region, um anhand von Landkäufen Geld zu waschen.

### **Süden des Caucas und Norden Nariños – Verbindung mit dem Pazifik**

Es handelt sich um einen strategischen Korridor, denn er verbindet die Cauca Region mit der Pazifikküste von Nariño und kreuzt die Panamericana, eine der wichtigsten Straßen des Landes, die das Innere des Landes mit Ecuador und dem Süden des

Kontinents verbindet. Der Schmuggel illegaler Güter ist hier außergewöhnlich leicht. Deshalb kämpfen bewaffnete Akteure seit jeher um seine territoriale Kontrolle. Die FARC-EP und die ELN kamen in den späten 1980er Jahren in die Region. Im Jahr 2000 kamen die paramilitärischen Gruppen in die Region. Seitdem verstärkte sich in der Region der Konflikt. Nach der Entwaffnung der Paramilitärs sind dort auch neue paramilitärische Gruppen wie Los Rastrojos, Organización Nueva Generación, Águilas Negras, Autodefensas Gaitanistas de Colombia und der Clan del Golfo präsent. Gegenwärtig sind auch die ELN-Guerilla und FARC-Dissidenzen präsent.

### **Süden Nariños – Verbindung mit Ecuador**

Diese Region kreuzt die Panamerikanische Fernstraße, die mit Ecuador verbunden ist, und verbindet auch Ipiales und Tumaco mit dem Pazifik. Dieser Korridor ist von großem Interesse für die Abholzung, den Goldabbau, die Ölgewinnung und die Palmen-Monokultur.

Mitte der 1990er Jahre begann der Anbau von Kokapflanzen in der Region. Gegenwärtig ist Nariño auf Platz 2 der Bundesstaaten mit dem meisten Kokaanbaugebieten in Kolumbien. Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 2016 hat sich hier der Krieg um die Vorherrschaft über die Drogenhandelsrouten verschärft.

### **Süden Kolumbiens – Verbindung mit Peru und Brasilien**

Der Putumayo Fluss, der die südliche Grenze des Landes markiert, fließt durch diesen Korridor, der aus den Bundestaaten Putumayo und Amazonas besteht. Dieses Territorium ist durch zahlreiche Flüsse verbunden, was die Verbindung der Amazonas-Region mit Ecuador, Peru und Brasilien erleichtert. In diesem Territorium leben mehrheitlich Angehörige indigener Gruppen.

In diesem Gebiet wurden Kautschuk, Pelze, Holz, Gold und Öl abgebaut. Bis zum Friedensabkommen 2016 hatte die FARC-EP die Vorherrschaft der territorialen Kontrolle in der Region.

Seit 2021 sind gemischte illegale Gruppen entstanden.

### **Bajo Caquetá – Verbindung mit Brasilien / Mirití, Paraná und Apaporis**

Dieser Korridor ist dschungelartig und isoliert, mit Schwierigkeiten bei Zugang und Mobilität. Hier leben gefährdete Arten wie rosa Delfine und Seekühe, die seit jeher von indigenen Völkern geschützt werden.

Dieser Korridor, der den äußersten Rand des ländlichen Kolumbiens bildet, ist für verschiedene Akteure attraktiv, die ihn seit Jahrzehnten für die Ausweitung des Anbaus illegaler Drogen, und den Drogenschmuggel genutzt haben. Die bewaffnete peruanische Gruppe Sendero Luminoso in den 1990er Jahren und die FARC-EP waren durchgehend in dem Korridor präsent. Zwischen 1998 und 2002 nahm die Präsenz der FARC-EP in Bajo Caquetá als Folge der gescheiterten Friedensgespräche mit der Regierung in San Vicente del Caguán zu.

### **Guaviare Fluss – Verbindung mit Venezuela**

Dieser Korridor befindet sich im Südosten des Landes. Dieser Korridor verbindet durch seine zahlreichen Flüsse Kolumbien und Venezuela. Aufgrund ihrer geografischen Lage ist diese Subregion ein strategischer Korridor für den Anbau, die Verarbeitung und den Handel mit Kokain, die Ausbeutung von Mineralien sowie den Waffen- und Benzinhandel.

Ende der 1970er Jahre kamen viele Menschen von außerhalb in diese Gebiete. Zu diesem Zeitpunkt begann dort der Anbau, die Verarbeitung und der Handel von Koka- und Marihuana. In den 1980er Jahren war der wachsende illegale Kokaanbau eine Finanzierungsquelle für bewaffnete Gruppen wie die FARC und paramilitärische Gruppen.

### **Vaupés Fluss – Verbindung mit Brasilien**

Aufgrund ihrer Verbindung mit Brasilien handelt es sich um eine Region, die seit jeher zwischen der Guerilla und den staatlichen Sicherheitskräften umkämpft ist. Die FARC-EP war die bewaffnete Gruppe mit der stärksten Kontrolle in diesem Korridor. Sie kontrollierte die Routen, Produktion und den Umlauf Wirtschaftsgüter, die hauptsächlich mit dem illegalen Anbau, dem Waffenhandel und der Ausbeutung von Bodenschätzen zusammenhingen. Als Reaktion darauf entstanden 1982 dort die ersten narco-paramilitärischen Armeen. Ab 2003 hatte die Offensive der Sicherheitskräfte im Rahmen der Politik der demokratischen Sicherheit einen starken Einfluss auf die Region. Diese Militäreinsätze und ihre Folgen gefährdeten das Überleben der dort wohnenden ethnischen Völker ernsthaft.

### **Region der Hochebene – Verbindung mit Venezuela**

Dieser Korridor wird im Norden durch den Meta-Fluss begrenzt, im Süden durch den Guaviare-Fluss und den Orinoco-Fluss, der im Departement Vichada die kolumbianisch-venezolanische Grenze bildet.

### **Nationalpark Cocuy**

Dieser Korridor ermöglicht die Überquerung alter Straßen in weit entfernten Gebieten und verbindet den Magdalena-Fluss mit den östlichen Ebenen. In diesem Gebiet leben rund 21.879 Angehörige indigener Völker. Es gibt 35 indigene Reservate mit rund 558.079 Hektar. Die erste Guerilla, die Ende der 1970er Jahre in die Region kam, war die ELN. Die FARC kamen in den frühen 1980er Jahren in die Region.

## **Aktuelle Lage**

Von einem Frieden nach dem Friedensabkommen kann in Kolumbien keine Rede sein. Allein im ersten Halbjahr 2022 wurden über 70.000 Menschen innerhalb Kolumbiens vertrieben. Seit dem Abschluss der Friedensverhandlungen im Jahr 2016 bis Ende Juli 2022 wurden in Kolumbien 1.334 Aktivist\*innen und 327 ehemalige FARC-Kämpfer\*innen ermordet. Besonders gefährdet sind Menschen, die sich politisch gegen Bergbau-, Energie- und agroindustrielle Projekte wehren, sowie kommunale Vertreter\*innen, die die Durchsetzung ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte in ihren Gemeinden fordern.

Fast sechs Jahre nach dem Abkommen liegt der Umsetzungsgrad bei weniger als 10 %. Außerdem gibt es ein ernstes Problem der Unterfinanzierung des Abkommens. In den jüngsten Nachrichtenberichten seitens der neuen Regierung wurde berichtet, dass es zu einer schwerwiegenden Veruntreuung von Friedensgeldern unter der Duque-Regierung gekommen ist, die für einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen waren und innerhalb von vier Jahren für andere Zwecke ausgegeben wurden.

Die Wahl des linken Präsidenten Gustavo Petro im Jahr 2022, erfüllt das Land mit Hoffnung auf strukturelle Veränderungen, die den Weg hin zu einem nachhaltigen Frieden ebnen. Dafür ist eine gerechtere Verteilung der Ressourcen grundlegend, sowie der Schutz der Menschenrechte und Umwelt sowie eine Abkehr vom Neoliberalismus und seinen sozialen Verwerfungen. Im Rahmen des Gesetzes des „totalen Friedens“ möchte die Regierung Petro den Kontakt zu allen noch aktiven bewaffneten Akteur\*innen wiederherstellen und Friedensverhandlungen mit ihnen führen. Das Gesetz wurde in den ersten hundert Tagen der neuen Regierung verabschiedet, ebenso wie eine Steuerreform. Die Umsetzung des Friedensabkommens hat höchste Priorität und wird beschleunigt.

Im ersten Jahr der Regierung von Gustavo Petro und Francia Márquez wurden umfangreiche Reformen in den Bereichen Renten, Arbeit, Steuern und Gesundheit vorgeschlagen. Die Massenmedien, die großen privaten Rentenfonds, die privaten Gesundheitsdienstleister (EPS) und die großen Unternehmen haben ein Narrativ der Angst und Ablehnung gegenüber diesen umfassenden Reformen geschaffen. Die Opposition, angeführt von den Anhängern von Álvaro Uribe und unterstützt von den großen Wirtschaftsmächten, hat zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung aufgerufen und bezeichnet die derzeitigen Bemühungen als einen "sanften Putsch". Am 7. Juni 2023 wurde landesweit zu Massenmobilisierungen aufgerufen, um die vorgeschlagenen Reformen zu verteidigen, ihre Verabschiedung im Kongress zu fordern und sich gegen Medienmanipulation und Desinformation zu wehren. Es fand eine massive Mobilisierung im gesamten Land statt, um die Reformen ausdrücklich zu unterstützen.

Im Verlauf eines Regierungsjahres hat Kolumbien auch eine intensive internationale Agenda vorangetrieben, innerhalb derer Kooperationsbeziehungen zu afrikanischen Ländern, Spanien, Portugal sowie zahlreichen lateinamerikanischen Ländern aufgebaut wurden. Kolumbien ist erneut offizielles Mitglied der Südamerikanischen Union UNASUR geworden und engagiert sich intensiv für die regionale Integrationsagenda.

## Literaturverzeichnis

Azzelini, D. (2022), [Coca-Cola unter Anklage- Coca-Cola und die Gewerkschaften](#), Brennpunkt (Lux), April 2022, Nr. 203

Chomsky, N. (2001). [El Plan Colombia](#), Rogue States

Cardoso, H. (2013) [Inicio de la aplicación del Plan LASSO](#), Ecured

CIDOB, [Conflicto en Colombia: Antecedentes históricos y actores](#), Dossier Proceso de Paz Colombia

González-Cepeda (2017), [La guerra fría en Colombia. Una periodización necesaria](https://doi.org/10.19053/20275137.n15.2017.6119), Historia y Memoria, Vol 15, Jul-Dic 2017, <https://doi.org/10.19053/20275137.n15.2017.6119>

Jurisdicción Especial para la Paz - JEP (2023), [Anhörung von Salvatore Mancuso als Beitrag zur Wahrheit](#), (Sondergericht für den Frieden - Kolumbien)

Kommission zur Wahrheitsfindung, Koexistenz und Nicht-Wiederholung (2022), [Abschlussbericht](#), Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad, la Convivencia y la No Repetición, Colombia

López-Meneses (2018), [La injerencia extranjera en el conflicto colombiano](#), Criterio Libre Jurídico - Vol 15 No 1 Enero-Junio de 2018 López-Meneses, C.E., Grupo de investigaciones Ignacio Torres Giraldo, Universidad Libre, Cali, Colombia.

Muela, J. (2012). América para los americanos: la doctrina Monroe y la política de EEUU en Latinoamérica.

Semanario Voz digital.(2021), [Quintín Lame y José Gonzalo Sánchez: Del Consejo Supremo de Indias a la Constitución del CRIC](#)

Rodríguez Pinzón; E. (2005), [Los cambios discursivos sobre el conflicto colombiano en la posguerra fría: su impacto en la actuación de los actores internacionales y locales](#), VII Congreso Español de Ciencia Política y de la Administración, Grupo de Trabajo Geopolítica, Guerras y Democracia 140, Universidad Nacional de Colombia

Salgado, J. S. (2013). La guerra fría llega a América Latina: la IX conferencia panamericana y el 9 de abril. Análisis Político.26, 79: 19-34

Sarmiento, A. L. (2003). [Conflicto, intervención y economía política de la guerra. Plan Colombia: Ensayos críticos. 63-91 pp.](#)

Vargas Reyes, B. & Ariza Santamaría, R. (2019). Liberación de la madre tierra: entre la legitimidad y los usos sociales de la ilegalidad. Revista Estudios Socio-Jurídicos, 22(1), 203-231. Doi: <https://doi.org/10.12804/revistas.urosario.edu.co/sociojuridicos/a.7641>

Vega, R. (2015) La Dimensión Internacional del conflicto social y armado en Colombia. Injerencia de los Estados Unidos, Contrainsurgencia y terrorismo de Estado. Bogotá: Ediciones Gentes del Común.

Velázquez, E. (2002). Historia de la doctrina de la seguridad nacional. Convergencia. 9 (27), 11-39.

Velázquez, E. (2007). Historia del paramilitarismo en Colombia. Historia, Sao Paulo, 26 (1), 134-153.

Vieira, G. s.f. "Análisis sobre el 9 de abril". En: Dos enfoques marxistas. Bogotá: Ediciones Nuestra América.